



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

NOWOCZESNA – DIE MODERNE

- **ANALYSE**
Nowoczesna als wichtigste Oppositionspartei? 2
Marta Gałązka, Warschau
- **TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT**
Ergebnisse der Parlamentswahl 2015 und Bewertung der politischen Situation 7

- **CHRONIK**
2. – 15. Februar 2016 15

*Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung
der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit*



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT



25 Jahre gute
Nachbarschaft
25 lat dobrego
sąsiedztwa

DEUTSCHES
POLEN
INSTITUT



Forschungsstelle
Osteuropa

DGO

▶ Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Nowoczesna als wichtigste Oppositionspartei?

Marta Gałązka, Warschau

Zusammenfassung

Obwohl *Die Moderne* (*Nowoczesna*) von Ryszard Petru bei den Parlamentswahlen im Oktober 2015 nur den vierten Platz belegte, wurde sie rasch die wichtigste Oppositionspartei. Dies wurde durch die Unzufriedenheit mit der von *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) gestellten Regierung und Parlamentsmehrheit und durch die Schwächung der *Bürgerplattform* (*Platforma Obywatelska – PO*) begünstigt, aber auch durch den schillernden Charakter der Fraktion *Kukiz '15*. So leicht es jedoch ist, in Umfragen erfolgreich dazustehen, so schwer ist es, den Erfolgskurs aufrechtzuerhalten. Vor der *Moderne* stehen auch der Aufbau von Parteistrukturen und der zunehmende Wunsch vieler Akteure aus den Reihen der *Bürgerplattform*, beide Parteien zu verbinden. Woher kommt *Die Moderne* und wie verlief ihr Weg zum Erfolg?

Die ersten Wochen der neuen Legislaturperiode des Sejm erwiesen sich als äußerst günstig für *Die Moderne* (*Nowoczesna*). Die *Bürgerplattform* (*Platforma Obywatelska – PO*) hatte nach den Parlamentswahlen im Oktober 2015 zwar angekündigt, dass sie die Rolle der starken und konstruktiven Opposition übernehmen werde, allerdings machte sie auf Schritt und Tritt Fehler und befasst sich voraussehbar in der nächsten Zukunft vor allem mit ihren internen Angelegenheiten, beispielsweise den angekündigten, sich über mehrere Monate hinziehenden parteiinternen Wahlen. *Kukiz '15* verhielt sich wiederholt bei Parlamentsabstimmungen wie ein Koalitionspartner von *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*). In dieser Situation hat *Die Moderne* die Aufgaben des Oppositionsführers übernommen. So leicht es auch ist, in den Umfragen erfolgreich zu erscheinen, so ist es doch deutlich schwieriger, diesen Erfolg auch aufrechtzuerhalten. Woher kommt *Die Moderne* und wie kam sie zu ihrem Erfolg?

Lange vor dem offiziellen Beginn des Wahlkampfes wurde es laut um die neue Initiative *Modernes Polen* (*Nowoczesna Polska*) des Wirtschaftswissenschaftlers Ryszard Petru. Als wichtigste Werte betrachtete die Organisation oder vielmehr die neue politische Bewegung Modernität, Freiheit, Entwicklung, Engagement und Verantwortung. In der Initiative wäre nichts Schlechtes zu sehen, wenn es nicht seit dem Jahr 2001 die *Stiftung Modernes Polen* (*Fundacja Nowoczesna Polska*) gäbe, die Instrumente für den Zugang zu kulturellen Gütern bereitstellt, Programme für Medienbildung entwickelt sowie für das Recht auf Teilhabe an Kultur kämpft. Sie stellt eine kostenlose digitale Bibliothek bereit, die zirka 4,5 Millionen Nutzer hat, sie betreibt das Portal *edukacjamedialna.edu* und hilft, das Urheberrecht und die Prinzipien der Anwendung freier Lizenzen zu verstehen. Die Empörung und der Protest der Stiftung gegen die Verwendung ihres Namens für politische Ziele sind daher nicht verwunderlich. Proble-

matisch war, dass die politische Initiative von Ryszard Petru vielfach mit der unabhängigen Stiftung verwechselt wurde. Dies hatte eine negative Wirkung auf die Wahrnehmung der Stiftung. Auf dem Facebook-Profil der Stiftung tauchten negative Kommentare zum angeblichen Engagement der Organisation in politischen Fragen auf, auch gingen unfreundliche Anrufe ein.

Der Gründungskongress der neuen politischen Initiative fand am 31. Mai 2015 im Nationalstadion in Warschau statt. Er stand unter dem Motto »Modernes PL« (*Nowoczesna PL*), allerdings machten viele Akteure aus diesem Namen *Nowoczesna Polska*, was aber seit Jahren der Name der Stiftung und ihr eingetragenes Markenzeichen ist. In einer vergleichbaren Situation hatte sich die Stiftung schon im Jahr 2010 befunden, als der Politiker und Unternehmer Janusz Palikot eine neue Initiative unter dem Namen *Bewegung zur Unterstützung von Palikot – Modernes Polen* (*Ruch Poparcia Palikota – Nowoczesna Polska*) ausgerufen hatte. Der Stiftung war es dann gelungen, Palikot zu einer Namensänderung zu bewegen. Dieser gab bekannt, dass er nicht im Konflikt mit Nichtregierungsorganisationen stehen wolle und änderte den Namen seiner Initiative in *Ruch Palikota*. Auch Ryszard Petru präsentierte schließlich ein neues Logo und so wurde seine Initiative künftig unter *Nowoczesna* beworben und im August 2015 registriert.

Die öffentliche Präsentation der neuen politischen Bewegung begann unmittelbar nach dem Gründungskongress. Unter dem Stichwort »gesellschaftliche Konsultationen« begannen Treffen mit den Wählern im ganzen Land, bei denen die Akteure der politischen Bewegung die Bürger nach notwendigen Veränderungen im Land fragten. Gleichzeitig wurden Mittel für die Durchführung des Wahlkampfes gesammelt. Der Wahlkampf begann offiziell am 22. Juli 2015. *Die Moderne* war noch nicht als Partei registriert worden, die finanziellen Mittel zur Unterstützung der politischen Initiative konnten bei der *Stiftung Die Moderne RP* (*Fundacja*

Nowoczesna RP) eingezahlt werden. Die Durchführung des Wahlkampfs von nicht berechtigten Rechtssubjekten ist in Polen verboten. Mehr noch, die Sammlung des Geldes begann vor dem formalen Beginn des Wahlkampfs.

Wer ist der Gründer der Partei?

Ryszard Petru ist Wirtschaftswissenschaftler, Gründer und Vorsitzender der Partei *Die Moderne*. Schon während seines Studiums hatte er sich politisch betätigt. Damals war er Assistent von Władysław Frasyniuk, einem bekannten Abgeordneten der *Demokratischen Union (Unia Demokratyczna – UD)* und früheren *Solidarność*-Führer gewesen. Des Weiteren war er enger Mitarbeiter von Leszek Balcerowicz, zunächst als sein Assistent, dann als Berater, und als Berater im Büro des Regierungsbeauftragten für die Rentenreform tätig. Er wurde Mitglied der *Freiheitsunion (Unia Wolności – UW)* und bewarb sich bei den Parlamentswahlen 2001 erfolglos um ein Abgeordnetenmandat. Außerdem war er Dozent an der renommierten *Handelshochschule (Szkoła Główna Handlowa – SGH)* in Warschau und arbeitete später als Ökonom im Bereich Polen und Ungarn bei der Weltbank, wo seine Schwerpunkte auf der Reform der öffentlichen Finanzen und der Regionalpolitik lagen. Weiter hatte er Tätigkeiten in verschiedenen Banken und privaten Firmen inne. Anschließend übernahm er die Funktion des Vorsitzenden der *Polnischen Ökonomischen Gesellschaft (TEP)*. Zusammen mit Łukasz Lipiński verfasste er das Buch *Koniec wolnego rynku? Geneza kryzysu* (Das Ende des freien Marktes? Die Genese einer Krise). Ryszard Petru verfügt also über umfassende Erfahrungen im Bereich der Wirtschaft sowie im Management komplexer Strukturen.

Wachsende Unterstützung

Die Moderne von Ryszard Petru erhielt in den Parlamentswahlen knapp 8 Prozent der Wählerstimmen. Obwohl sie nur die viertgrößte Partei im Sejm ist, wurde sie bald zur stärksten Oppositionspartei.

Die *Bürgerplattform* kündigte nach den verlorenen Parlamentswahlen an, dass sie eine starke und konstruktive Oppositionspartei sein werde. Wiederholt zeigte sie jedoch, dass sie sehr geschwächt und nicht in der Lage ist, eine Alternative anzubieten. Während der Parlamentssitzung, in der es um die Änderungen beim Verfassungstribunal ging, verließen die *Bürgerplattform* und die *Polnische Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL)* ostentativ den Saal. Statt sich bei einer solchen Gelegenheit an der Debatte über für den Staat wichtige Fragen zu beteiligen, empörte sich die *PO* darüber, dass bei einem der Auftritte von Ministerpräsidentin Beata Szydło im Hintergrund nur weiß-rote Fahnen

hingen und die Fahne der Europäischen Union fehlte. Die Pflichten des Oppositionsführers übernahm also *Die Moderne*. Die Partei von Ryszard Petru versuchte zu zeigen, dass sie die wirkliche Alternative ist, auch wenn ihr bewusst war, dass sie als kleine Gruppe nicht in der Lage ist, die Ergebnisse einzelner Abstimmungen bedeutend zu beeinflussen. Ihre Fraktionsmitglieder gingen in der Debatte über das Verfassungstribunal der Reihe nach ans Rednerpult und stellten Fragen oder meldeten formale Anträge an.

Bei den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen im Sejm hat die Opposition nicht viele Instrumente, um konstruktiv zu handeln. Wenn sie allerdings effektiv und glaubwürdig sein will, sollte sie alle zur Verfügung stehenden Methoden nutzen, um ihre Unzufriedenheit über die Aktivitäten der Regierenden zum Ausdruck zu bringen und ihre eigenen Forderungen zu präsentieren.

Die Unzufriedenheit eines beträchtlichen Teils der Gesellschaft über die Entscheidungen der regierenden *PiS* hatte zur Folge, dass sich das *Komitee zur Verteidigung der Demokratie (Komitet Obrony Demokracji – KOD)* gründete. Dies ist eine gesellschaftliche Initiative, die eine Gruppe von Bürgern vereint, die mit der Regierung von *PiS* unzufrieden und über die Veränderungen beunruhigt ist, die nach ihrem Verständnis die Demokratie in Polen bedrohen. Zunächst war *KOD* nur in den sozialen Medien aktiv, doch sehr schnell wurde mit der Organisation von Aktionen auf der Straße begonnen. Die ersten Demonstrationen wurden im Zusammenhang mit den kontroversen Änderungen zum Verfassungstribunal organisiert. Auf der Internetseite von *KOD* hieß es: »Was ist die **Lähmung des Verfassungstribunals**, einer Säule und eines Wächters der Demokratie in jedem demokratischen Land, anderes, als eine Beschädigung oder geradezu Demontage der Demokratie? Wie soll es sonst bezeichnet werden, wenn die Entscheidungen des Verfassungstribunals nicht umgesetzt, sondern in Frage gestellt werden? Wenn Gesetze, die allgemein von Verfassungsrechtlern und juristischen Organisationen als verfassungswidrig beurteilt werden, nachts (häufig um vier Uhr morgens!) durch das Parlament gedrückt werden?«

Das Komitee organisierte Demonstrationen im ganzen Land. Die erste Protestkundgebung fand am 3. Dezember 2015 statt. Sie wurde organisiert, um die Unterstützung für die Rolle des Verfassungstribunals als Kontrollorgan für die Verfassungskonformität von Gesetzen zu bekunden. Eine der ersten größeren Demonstrationen wurde am 12. Dezember 2015 in Warschau organisiert. Nach Schätzungen des Hauptstadtbüros für Sicherheit und Krisenmanagement nahmen zirka 50.000 Personen an ihr teil, nach Angaben des Hauptstadtpolizeipräsidiums dagegen 17–20.000 Perso-

nen. Gleichzeitig fanden kleinere Protestkundgebungen in anderen Städten im Land statt. Weitere Demonstrationen, unter anderem Proteste gegen die Änderungen im Mediengesetz, fanden fast wöchentlich in ganz Polen statt. An diesen Ereignissen nahmen auch Politiker der *PO*, der *PSL*, der *Moderne* und der *Vereinigten Linken* (*Zjednoczona Lewica*) teil. Wiederholt gingen die führenden Köpfe dieser Parteien an der Spitze des Demonstrationzugs und hielten Reden. Den größten politischen Nutzen verzeichnete dabei *Die Moderne*. Ihr gelang es, sich als der stärkste Gegner von *PiS* zu präsentieren. Unlängst kündigte Ryszard Petru an, dass er Proteste organisieren wolle, die eine Alternative zu *KOD* darstellen. Dabei soll es darum gehen, dass nicht nur gegen die Aktivitäten von *PiS* protestiert, sondern auch eine realistische politische Alternative vorgeschlagen werden solle.

Aufstieg und Fallhöhe

Infolge des großen Interesses der Bevölkerung und der Journalisten an der Partei *Die Moderne* begann Ryszard Petru in den Medien aufzutauchen – schließlich so oft, dass Witze kursierten, er würde in den Zentralen mancher Fernsehsender wohnen. Im Internet wurden viele Meme (Bild, Ton- oder Videodatei) verbreitet, die zeigten, dass Petru sogar im Kühlschranks zu finden ist oder beim Kaffeetrinken auftauchen könnte. Petru hat jedoch mehrfach bewiesen, dass er große Distanz zu sich selbst hat und sich um solche Witze nicht kümmert.

Die Moderne kommt sehr gut mit den sozialen Medien zurecht. Es gelingt ihr, eine kohärente und lesbare Botschaft zu konstruieren, vor allem mit Hilfe der von ihr gemachten Meme, die einen hohen Wiedererkennungswert haben (ein blauer Rahmen, häufig mit dem Bild von Ryszard Petru). Mit Hilfe der Meme kommentiert sie schnell und auf interessante Weise die aktuellen politischen Ereignisse. Wichtig ist außerdem, dass sie sehr schnell auf die Kommentare von Facebook- und Twitter-Nutzern reagiert. Auch Kritik greift sie rasch auf. Anfang Januar wurde die Partei dafür kritisiert, dass sie noch kein Gesetzesprojekt eingereicht habe, während die *PSL* und *Kukiz '15* jeweils drei Gesetzesentwürfe, die *PO* einen und die regierende *PiS* 35 Projekte eingereicht hatten. Auch wenn die Strategie der Kritik an *PiS* in den ersten Wochen im Parlament für *Die Moderne* eine gute Strategie war, könnte sich diese doch auf längere Sicht für die Partei als verhängnisvoll erweisen, denn ein Teil der Sympathisanten von *Die Moderne* unterstützt sie nicht nur als Gegenpol zu *PiS*, sondern vielmehr aus fachlichen Gründen. Einige Tage später reichte *Die Moderne* drei Gesetzesprojekte im Sejm ein, eines zur Aufhebung der Privilegien der Gewerkschaften, eines zur Aufhebung der Wahlruhe und eines zur Änderung der Parteienfinanzierung. *Die*

Moderne meint, dass die ausgeprägten Privilegien der Gewerkschaftszentralen zu einem geringeren Engagement für die Arbeitnehmer und einem größeren zugunsten der Führungskräfte der Gewerkschaften führen. Die Partei schlägt deshalb unter anderem vor, dass die Gewerkschaften ihren Repräsentanten selbst das Gehalt zahlen und nicht wie bisher der Arbeitgeber. Nach dem Gesetzesentwurf soll der Arbeitgeber die Pflicht haben, Räumlichkeiten, falls vorhanden, nur für Treffen zur Besprechung von Angelegenheiten der Gewerkschaftsmitglieder oder der Allgemeinheit der Arbeitnehmer zur Verfügung zu stellen. Aktuell muss der Arbeitgeber den Gewerkschaftern permanent kostenlos Räumlichkeiten zur Verfügung stellen, auch wenn er keine entsprechenden Möglichkeiten hat.

Zur Wahlruhe argumentiert *Die Moderne*, dass diese Institution im Zeitalter der elektronischen Medien längst nicht mehr zeitgemäß sei. Ihr Vorschlag geht dahin, das Wahlkampfverbot ab dem letzten Tag vor den Wahlen bzw. Referenden sowie an den Tagen der Abstimmungen selbst aufzuheben und auch noch einen Tag vor den Wahlen und Volksentscheiden Umfragen zum Wahlverhalten zu veröffentlichen.

Nach Einschätzung der *Moderne* zur Parteienfinanzierung erhalten die Parteien zu viele Mittel aus dem öffentlichen Haushalt. Diese Gelder seien vor allem für Repräsentation und Marketing, aber nicht für die fachliche Arbeit bestimmt. Hier schlägt *Die Moderne* nicht nur die Reduzierung der Unterstützung aus öffentlichen Geldern vor, sondern auch, diese Zahlungen davon abhängig zu machen, wie erfolgreich private Mittel eingeworben wurden. Weiter fordert sie, Anreize zur Finanzierung von Analysen, Gesetzen, Expertisen, gesellschaftlichen Konsultationen und anderen inhaltlichen Tätigkeiten der Parteien zu schaffen.

Diese Vorhaben betreffen nicht die wirklich wesentlichen Probleme, wofür die Partei heftig kritisiert wurde. Es hieß, wenn die Partei als Oppositionsführer wahrgenommen werden wolle, dann müsse sie sich in den ersten Wochen ihrer Tätigkeit besser präsentieren, das heißt fachlich versierter. Einige Tage später wurde ein Korrekturplan für Polen vorgestellt. Es handelt sich hierbei um einen Wirtschaftsplan, der unter anderem die Stabilisierung der öffentlichen Finanzen vorsieht. Dazu gehören das Gesetz über einen ausgeglichenen Haushalt, ein Vier-Jahres-Finanzplan für den Staat und die Unabhängigkeitsgarantie für die Polnische Nationalbank. Gefordert wird auch, dass die Neuausgaben von den aktuellen und nicht den prognostizierten Einnahmen gedeckt sein sollen, sowie die Notwendigkeit, die Kosten der debattierten Gesetze zu schätzen. *Die Moderne* hat auch begonnen, einen Expertenpool aufzubauen. Das virtuelle Netz »Besseres Polen« soll Initiativen von Exper-

ten und Praktikern an der Basis zusammenführen, die von der Überzeugung geleitet werden, dass Polen vernünftig und rechtsstaatlich geführt werden kann und Veränderungen vorgenommen werden können, die deutlich besser sind als die, die gegenwärtig stattfinden. Dieser Initiative kann man sich anschließen, indem man einen Fragebogen auf der Webseite der Partei ausfüllt.

Die wachsende Popularität von Ryszard Petru hatte zur Folge, dass er sich sehr sicher fühlte. Legendär wurde die auf YouTube ausgestrahlte »Neujahrsansprache« von Ryszard Petru, in der er seinen Landsleuten vor einem Weihnachtsbaum und der polnischen sowie der europäischen Fahne alles Gute zum neuen Jahr wünschte. Bis zu dem Zeitpunkt war kein Oppositionspolitiker in Polen auf die Idee gekommen, den amtierenden Präsidenten nachzuahmen. Darüber hinaus will sich Ryszard Petru auch als großer Kenner der Geschichte darstellen. Es stellte sich jedoch heraus, dass es ihm auf diesem Feld an elementarem Wissen mangelt. Während einer Debatte im Sejm versuchte er *PiS* anzugreifen, indem er auf den Stummen Sejm von 1717 anspielte. Doch war es wohl nicht möglich gewesen, diesen Begriff fest genug im führenden Kopf der *Modernen* zu verankern, denn statt vom Stummen Sejm sprach er in seinen Ausführungen vom »Tauben Sejm«. Ein anderes Mal, als er die Idee der Auflösung der Mittelschulen kritisierte, zog er das schnelle Tempo der Änderungen in Zweifel und äußerte dabei die Befürchtung, dass *PiS* es nicht schaffen werde, diese bis Jahresende durchzuführen, denn nach den Weihnachtsfeiertagen gebe es noch den »Feiertag der Heiligen sechs Könige« – der Feiertag heißt jedoch »Heilige Drei Könige«. An dergleichen Versprechern wäre nichts Schlimmes, wenn sie nicht so häufig vorkämen. Unlängst machte Kamila Gasiuk-Pihowicz, eine der bekanntesten Abgeordneten von *Die Moderne*, einen schweren Fehler. Während eines Gesprächs im Radio zum Thema Wirtschaft wusste sie nicht, wie hoch der Steuerfreibetrag ist. Dies ist insofern kompromittierend, als *Die Moderne* versucht, als Partei zu gelten, für die wirtschaftliche Fragen am wichtigsten sind.

Viele Kontroversen weckte auch der Brief von Ryszard Petru an Ministerpräsidentin Beata Szydło bezüglich Informationen zu den Prioritäten der polnischen Außenpolitik und zur Haltung der Regierung in Anbetracht der Einleitung der ersten Etappe des Rechtsstaatsverfahrens durch die Europäische Kommission – all dies vor dem Besuch Petrus in den Niederlanden und dem Treffen mit dem Staatssekretär für Immigration im Justizministerium, dem Parteichef der *Volkspartij voor Vrijheid en Democratie* (VVD) sowie dem Ministerpräsidenten der Niederlande. Ein großer Teil der Bevölkerung hat dies nicht positiv aufgenommen. Vielmehr hieß es, dass Petru eine zu hohe Meinung von sich habe

und versuche, sich als Person mit großem Einfluss und Fähigkeiten zu inszenieren. Viele Stimmen kamen auf, dass er sich lächerlich gemacht habe und ein Narziss sei.

Der Aufbau von Strukturen

Trotz einiger Fehler schaffte es Ryszard Petru in kurzer Zeit, eine gewichtige Gruppierung aufzubauen, die seit längerem in den Meinungsumfragen den zweiten Platz gleich nach der regierenden *PiS* belegt. Vor dem Parteichef steht nun nicht nur die Aufgabe, das hohe Niveau der Unterstützung vonseiten der Gesellschaft zu halten, sondern auch, Strukturen aufzubauen. Zurzeit zählt die Partei über 2.000 Mitglieder. In einigen Woiwodschaften wurden Vorstände berufen und werden organisatorische Einheiten aufgebaut. Der *Modernen*, die auf einer Welle der Popularität reitet, treten immer mehr Menschen bei. Die Partei hat sich zum Ziel gesetzt, bis zu den nächsten Wahlen auf der Selbstverwaltungsebene in drei Jahren im ganzen Land starke Strukturen aufzubauen. Der Aufbau von Parteistrukturen ist eines der wichtigsten Elemente bei der Institutionalisierung einer Partei. Unter manchen Politikern der *PO*, die von den niedrigen Werten in den Umfragen frustriert sind, tauchen Stimmen auf, dass eine Allianz aus *Bürgerplattform* und der *Modernen PiS* aus der Regierungsverantwortung drängen könnte. Für diese Lösung spricht sich unter anderen Stefan Niesiołowski aus. Ein anderer *PO*-Abgeordneter, Andrzej Halicki, ist ebenfalls der Auffassung, dass die Zusammenarbeit notwendig sei, auch wenn sich beide Gruppierungen voneinander unterscheiden. Der Vorsitzende der *Moderne* vertritt – zumindest offiziell – die Meinung, dass eine solche Koalition nicht möglich sei. Auf der Webseite der Partei ist zu lesen. »Die Moderne ist entstanden, um die gegenwärtige politische Apathie zu überwinden, und nicht, um sie weitere Jahre zu konservieren. Möglich ist allerdings die Zusammenarbeit bei der Verabschiedung von Gesetzen, die mit dem Programm der *Modernen* übereinstimmen.«

Eine Verbindung von *Bürgerplattform* und der *Modernen* würde sicherlich spürbar Einfluss auf den Aufbau von lokalen Strukturen haben, sich aber gleichzeitig negativ auf die Glaubwürdigkeit der Partei auswirken, die von Anfang an mit der Zuschreibung kämpft, eine »zweite *Bürgerplattform*« zu sein. Eine so weitreichende Zusammenarbeit würde eher zum Rückgang der Unterstützung für *Die Moderne* beitragen, vor allem deshalb, weil in den vergangenen Parlamentswahlen viele Wähler für sie gestimmt hatten, die von der *Bürgerplattform* nicht mehr überzeugt waren.

Ryszard Petru erklärt, dass seine Partei dann mit der Regierung zusammenarbeiten sollte, wenn es das Interesse des Staates erfordert bzw. wenn programmatische Übereinstimmungen bestehen. Sie sollte auf Fehler

und Unterlassungen der Regierungspartei aufmerksam machen und eigene, alternative Gesetze und Lösungen vorschlagen. Als Oppositionspartei beabsichtigt *Die Moderne* auch, gesellschaftliche Diskussionen zu provozieren.

Auf dem Weg des Aufbaus starker Parteistrukturen taucht bereits ein Problem auf. Letztens kamen Gerüchte auf, dass zirka 200 Akteure aus Bromberg (Bydgoszcz), Oppeln (Opole), Lublin und Posen (Poznań) austreten und eine eigene Partei gründen wollen. Ein Grund sei, dass *Die Moderne* eine Partei sein sollte, die von der Basis kommt, aber manche den Eindruck gewonnen hätten, dass sie »von Warschau aus gesteuert« sei. Ein Teil der Unzufriedenen kritisiert auch die Art und Weise, wie die lokalen Vorstände bestimmt wurden. Bis auf weiteres spiegelt dieser Protest eher eine Stimmung wieder und es ist schwer zu beurteilen, ob ein Teil der Mitglieder tatsächlich austreten wird.

Zusammenfassung

Ryszard Petru ist es gelungen, innerhalb eines halben Jahres ein Gruppierung aufzubauen, die nach wie vor den zweiten Platz in den Meinungsumfragen belegt. Sie ist die einzige Oppositionspartei, die in der Lage ist, rational zu handeln und die Regierungspartei konstruktiv zu kritisieren. Ein sehr wichtiger Trumpf ist

ihre Fähigkeit, schnell zu reagieren. Wenige Tage nach negativen Meinungsäußerungen bemühte sich die Partei, ihre Fehler zu korrigieren. *Die Moderne* ist eine Partei, die versucht, die gesellschaftlichen Stimmungen zu erspüren und zu nutzen. Eine große Herausforderung ist jedoch der Aufbau starker Parteistrukturen, die helfen würden, eine größere Unterstützung in den kommenden Wahlen zu erhalten. Wesentliche Bedeutung hat auch, wie *Die Moderne* sich zu den Andeutungen mancher *PO*-Politiker verhält, beide Parteien zusammenzuführen oder eine engere Zusammenarbeit ins Auge zu fassen. Des Weiteren wird es nicht möglich sein, eine konstruktive und fachlich versierte Oppositionspartei zu sein, wenn die führenden Köpfe samt dem Vorsitzenden große Fehler und Wissenslücken im Bereich Geschichte oder Wirtschaft erkennen lassen. Die wachsende Unzufriedenheit mit *PiS* und die Schwäche der *PO* schaffen sehr gute Bedingungen für die weitere Entwicklung der *Modernen*. Wenn sie aber die große Unterstützung aufrechterhalten will, darf sie nicht nur die Regierung kritisieren, sondern muss zunehmend auch eine Alternative anbieten. Die Vorlage erster Gesetzesentwürfe und die Bildung eines Expertenteams sind Schritte in diese Richtung.

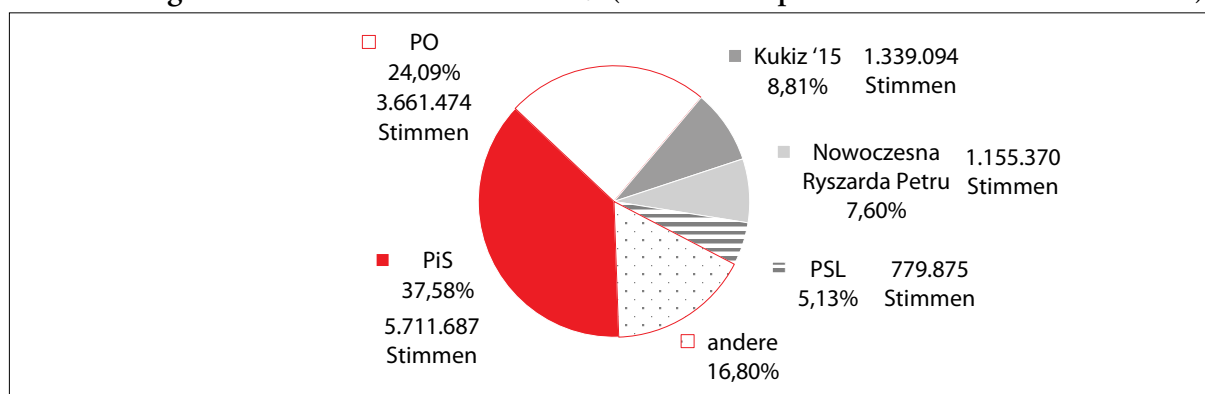
Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über die Autorin

Marta Gałązka, Politologin, ist Doktorandin am Institut für Politikwissenschaft der Stefan Kardinal Wyszyński-Universität (Uniwersytet Kardynała Stefana Wyszyńskiego) und Stipendiatin des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych) in Warschau. Sie führt einen Blog zu Parteien, Wahlen und Politik unter <www.partiwybory.pl>

Ergebnisse der Parlamentswahl 2015 und Bewertung der politischen Situation

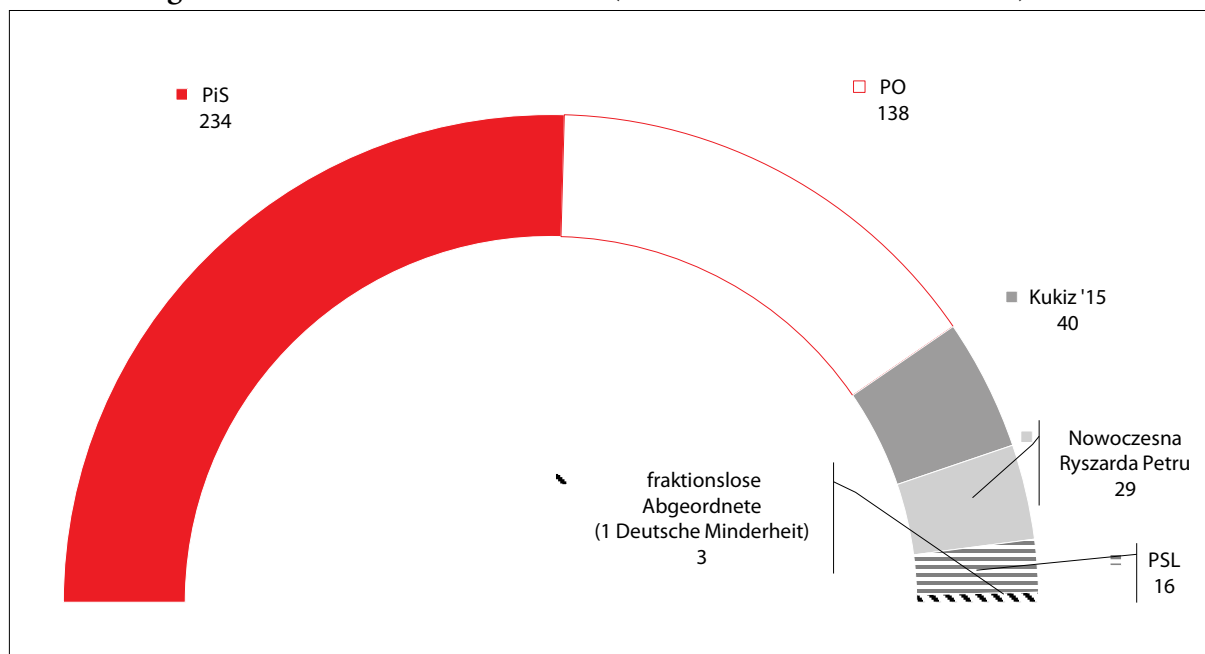
Grafik 1: Ergebnisse der Parlamentswahl 2015 (Anzahl und prozentualer Anteil der Stimmen)



PiS – Prawo i Sprawiedliwość/ Recht und Gerechtigkeit; PO – Platforma Obywatelska/Bürgerplattform; Nowoczesna/Die Moderne; PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe/Polnische Bauernpartei

Quelle: <http://parlament2015.pkw.gov.pl/349_Wyniki_Sejm> (abgerufen am 16.02.2016)

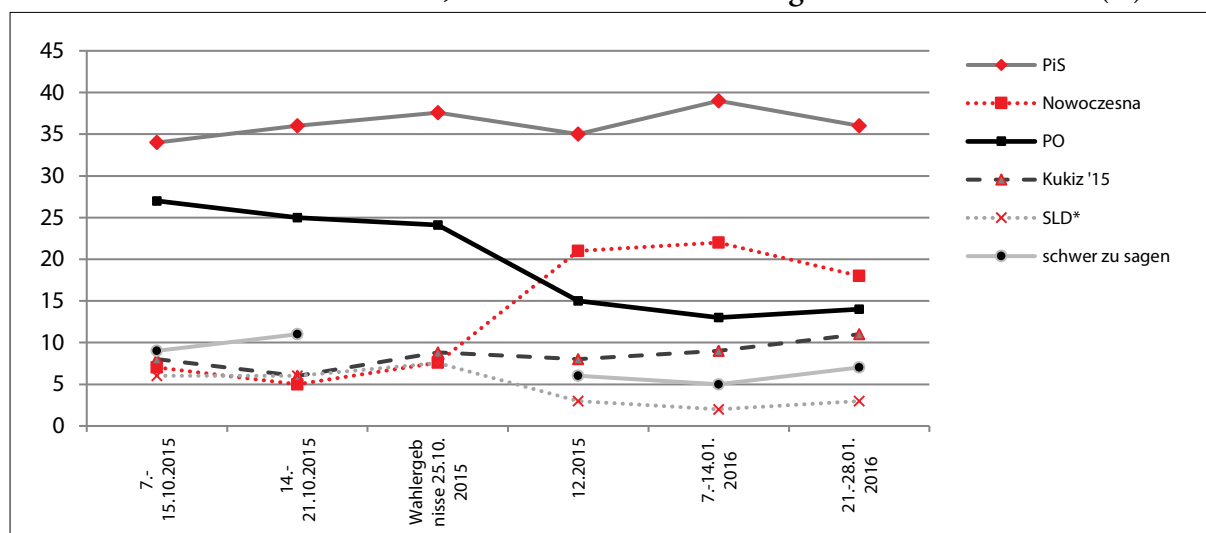
Grafik 2: Ergebnisse der Parlamentswahl 2015 (Anzahl der Parlamentsmandate)



PiS – Prawo i Sprawiedliwość/ Recht und Gerechtigkeit; PO – Platforma Obywatelska/Bürgerplattform; Nowoczesna/Die Moderne; PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe/Polnische Bauernpartei

Quelle: Sejm Rzeczypospolitej Polskiej [Sejm der Republik Polen]. <<http://www.sejm.gov.pl/Sejm8.nsf/kluby.xsp>> (abgerufen am 15.02.2016)

Grafik 3: Wen würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Parlamentswahl wäre? (%)



Anm.: Berücksichtigt wurden die Antworten derer, die angaben, wählen zu gehen.

PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit; Nowoczesna – Die Moderne; PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform; KORWiN/Koalicja Odnowy Rzeczypospolitej Wolność i Nadzieja – Koalition für die Erneuerung der Republik Freiheit und Hoffnung; SLD/Sojusz Lewicy Demokratycznej – Demokratische Linksallianz; Twój Ruch – Deine Bewegung; PSL/Polskie Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei; Razem – Gemeinsam

*Das Ergebnis gilt für die Umfragen im Oktober 2015 und für die Wahlen für die Vereinigte Linke (Zjednoczona Lewica = SLD + Twój Ruch + PPS + UP + Zieloni).

Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr 14/2016: Preferencje partyjne w trzeciej dekadzie stycznia [Parteipräferenzen in der dritten Januarwoche]. Warszawa 01/2016. <www.cbos.pl>

Tabelle 1: Wen würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Parlamentswahl wäre? (%)

	7.–15.10.2015	14.–21.10.2015	Wahlergebnisse 25.10.2015	12/2015	7.–14.01.2016	21.–28.01.2016
PiS	34	36	37,58	35	39	36
Nowoczesna	7	5	7,60	21	22	18
PO	27	25	24,09	15	13	14
Kukiz '15	8	6	8,81	8	9	11
KORWiN	3	4	4,76	3	3	4
SLD	6*	6*	7,55*	3	2	3
Twój Ruch				1	1	<1
PSL	4	5	5,13	3	2	2
Razem	1	<1	3,62	3	3	2
andere Partei/Wahlkomitee	<1	<1	0,87	1	1	1
schwer zu sagen	9	11		6	5	7
keine Antwort	1	1		1	0	1

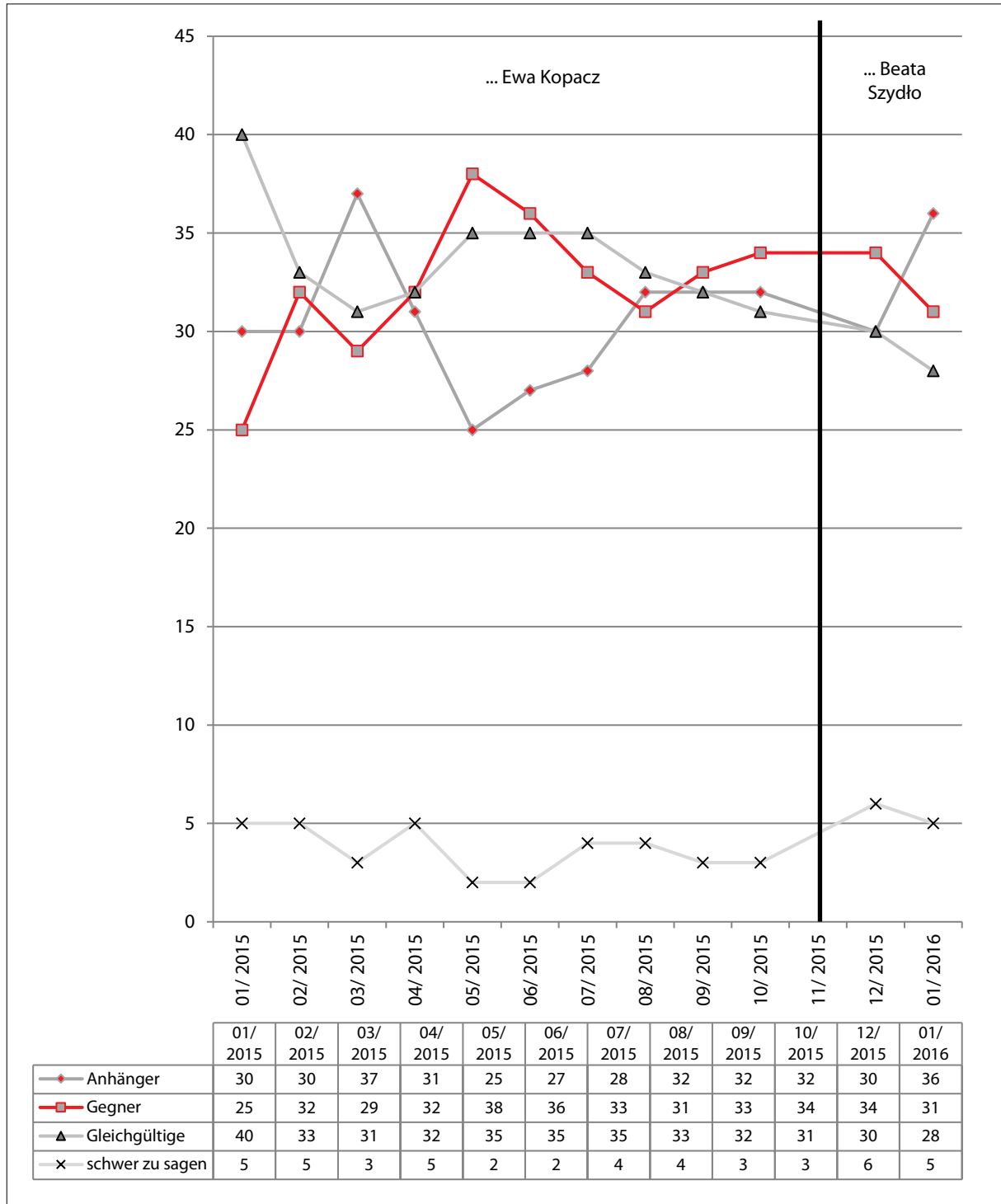
Anm.: Berücksichtigt wurden die Antworten derer, die angaben, wählen zu gehen.

PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit; Nowoczesna – Die Moderne; PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform; KORWiN/Koalicja Odnowy Rzeczypospolitej Wolność i Nadzieja – Koalition für die Erneuerung der Republik Freiheit und Hoffnung; SLD/Sojusz Lewicy Demokratycznej – Demokratische Linksallianz; Twój Ruch – Deine Bewegung; PSL/Polskie Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei; Razem – Gemeinsam

*Das Ergebnis gilt für die Vereinigte Linke (Zjednoczona Lewica = SLD + Twój Ruch + PPS + UP + Zieloni).

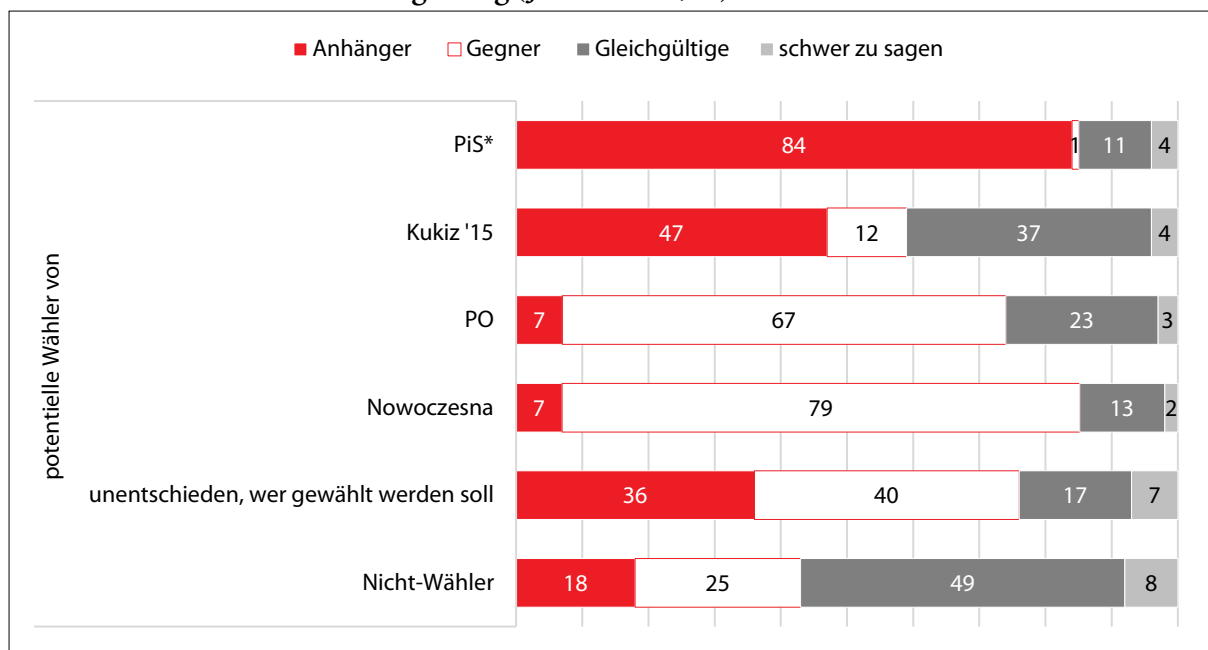
Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr 14/2016: Preferencje partyjne w trzeciej dekadzie stycznia [Parteipräferenzen in der dritten Januarwoche]. Warszawa 01/2016. <www.cbos.pl>

Grafik 4 Das Verhältnis zur Regierung von Ministerpräsidentin ... (%)



Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr 9/2016: Poprawa notowań rządu [Die Verbesserung der Umfragewerte zur Regierung]. Warszawa 01/2016. <www.cbos.pl>

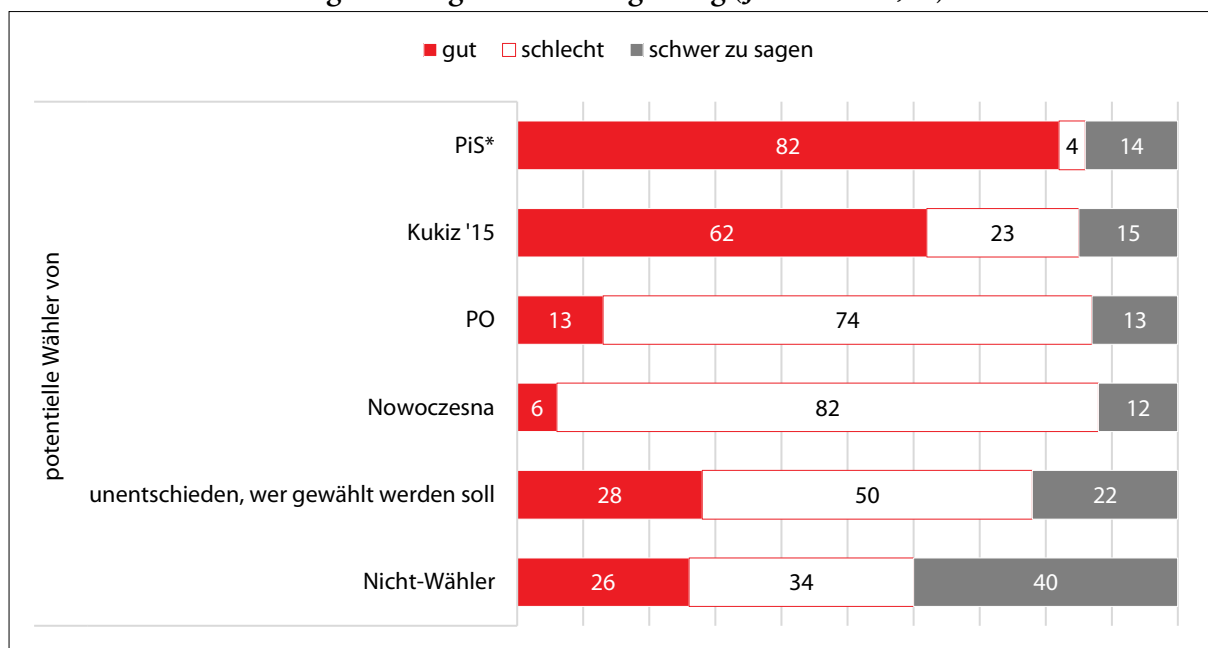
Grafik 5: Das Verhältnis zur Regierung (Januar 2016, %)



PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit; PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform; Nowoczesna/Die Moderne
 *zusammen mit Solidarna Polska/ Solidarisches Polen und Prawica Rzeczypospolitej/ Rechte der Republik

Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr 9/2016: Poprawa notowań rządu [Die Verbesserung der Umfragewerte zur Regierung]. Warszawa 01/2016. www.cbos.pl

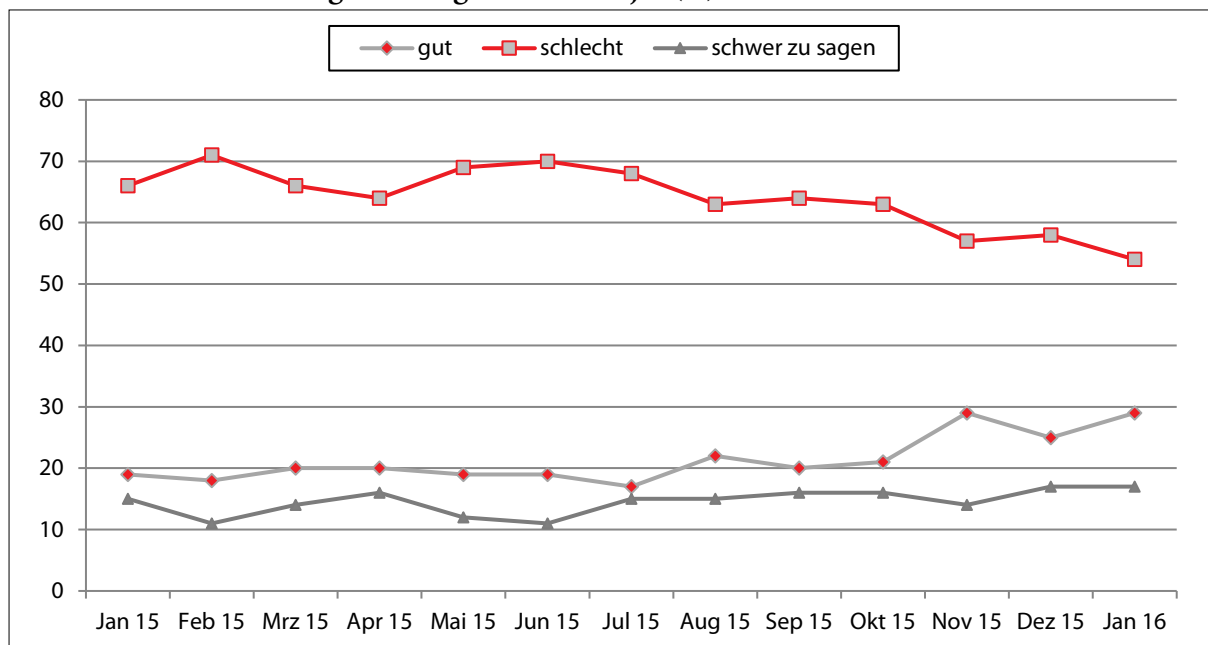
Grafik 6: Die Beurteilung der Tätigkeiten der Regierung (Januar 2016, %)



PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit; PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform; Nowoczesna/Die Moderne
 *zusammen mit Solidarna Polska/ Solidarisches Polen und Prawica Rzeczypospolitej/ Rechte der Republik

Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr 9/2016: Poprawa notowań rządu [Die Verbesserung der Umfragewerte zur Regierung]. Warszawa 01/2016. www.cbos.pl

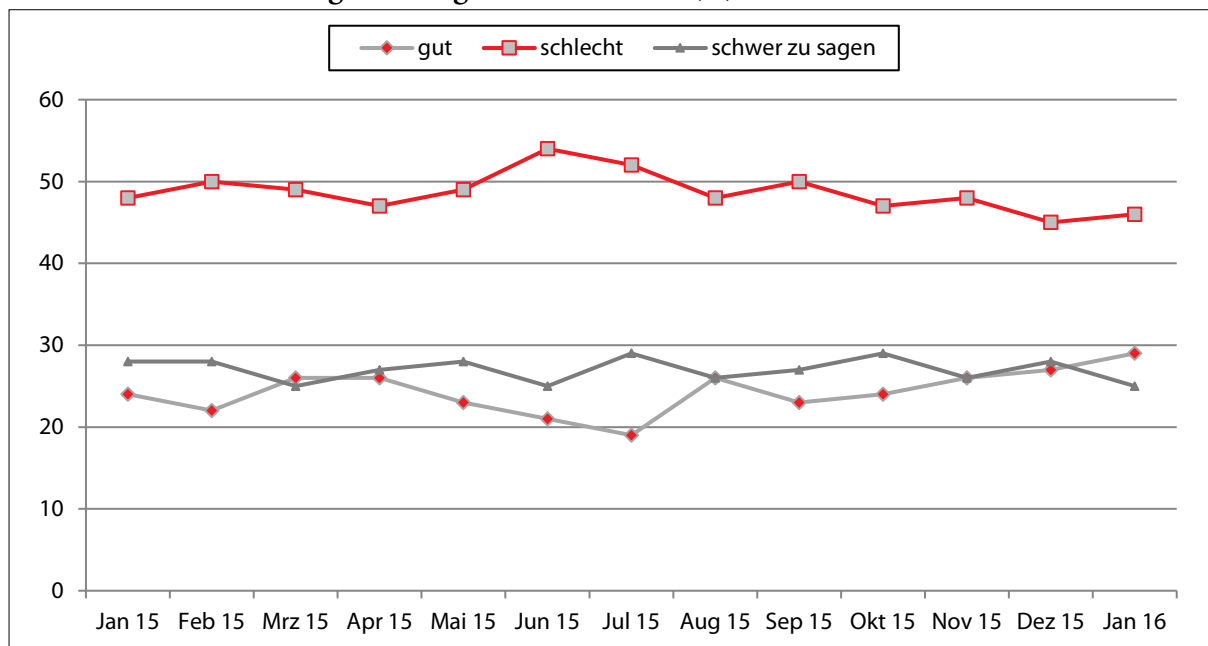
Grafik 7: Die Beurteilung der Tätigkeiten des Sejm (%)



Die ersten Sitzungen des Sejm und des Senats nach den Parlamentswahlen im Oktober 2015 fanden am 12. November 2015 statt.

Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr 8/2016: Opinie o działalności parlamentu i prezydenta [Meinungen zur Tätigkeit des Parlaments und des Präsidenten]. Warszawa 01/2016. <www.cbos.pl>

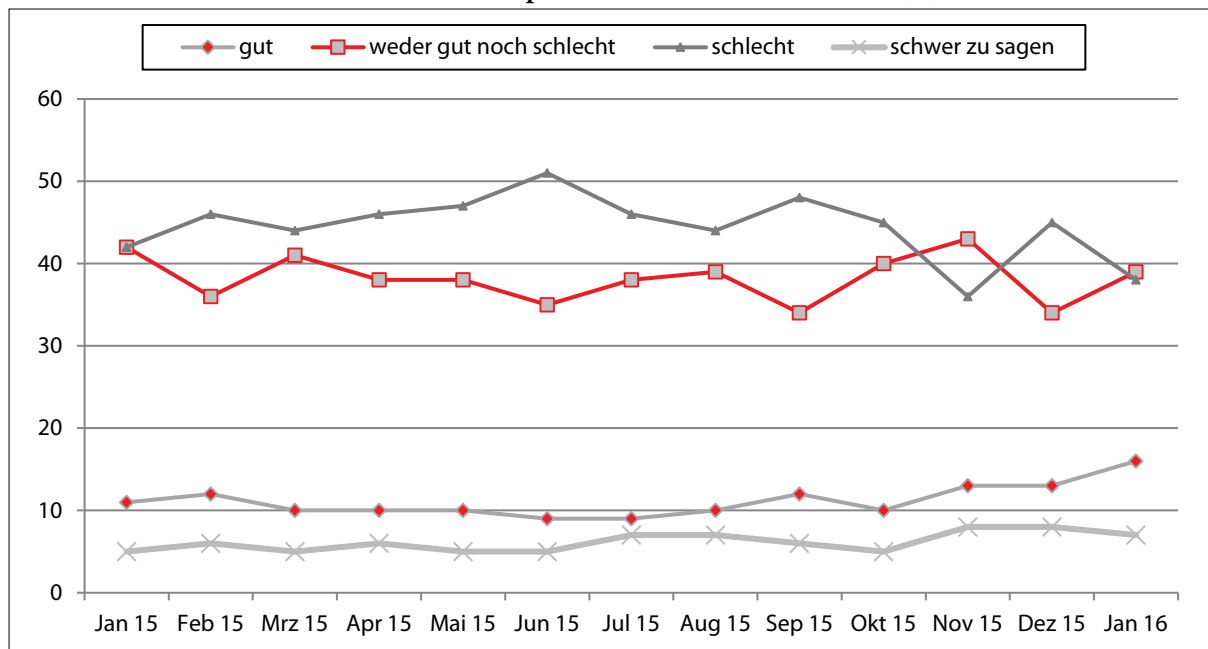
Grafik 8: Die Beurteilung der Tätigkeiten des Senats (%)



Die ersten Sitzungen des Sejm und des Senats nach den Parlamentswahlen im Oktober 2015 fanden am 12. November 2015 statt.

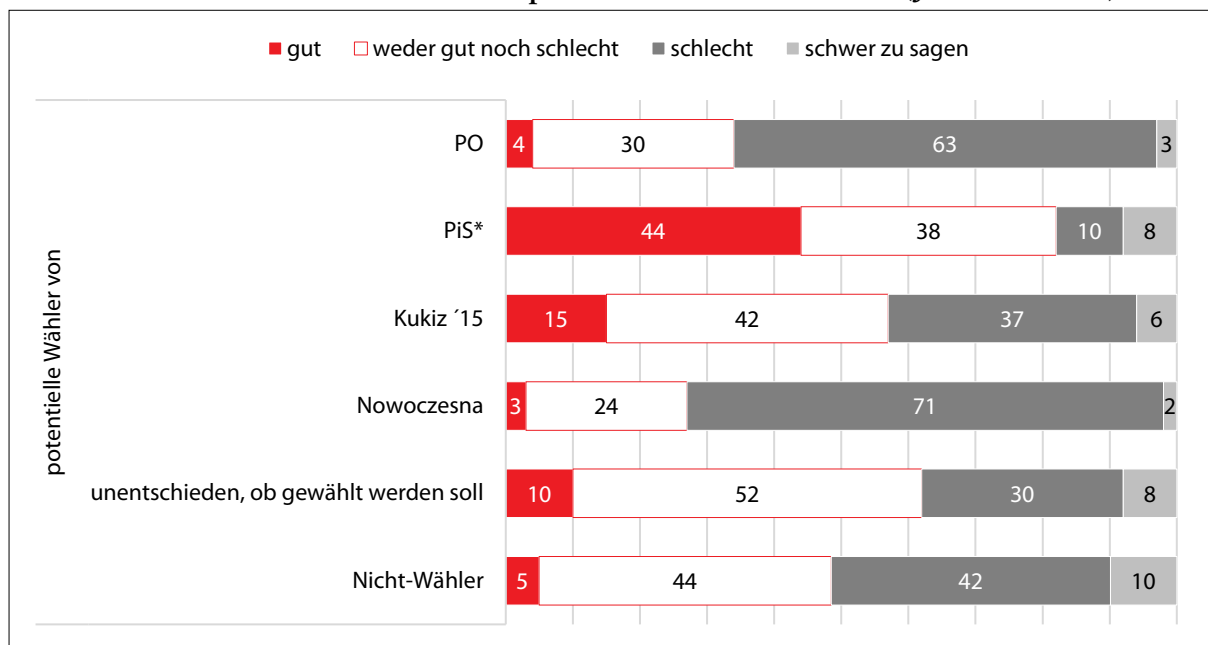
Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr 8/2016: Opinie o działalności parlamentu i prezydenta [Meinungen zur Tätigkeit des Parlaments und des Präsidenten]. Warszawa 01/2016. <www.cbos.pl>

Grafik 9: Wie beurteilen Sie die aktuelle politische Situation in Polen? (%)



Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr 11/2016: Nastroje społeczne w styczniu [Gesellschaftliche Stimmungen im Januar]. Warszawa 01/2016. <www.cbos.pl>

Grafik 10: Wie beurteilen Sie die aktuelle politische Situation in Polen? (Januar 2016, %)



PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit; PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform; Nowoczesna/Die Moderne
 *zusammen mit Solidarna Polska/Solidarisches Polen und Prawica Rzeczypospolitej/ Rechte der Republik

Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr 11/2016: Nastroje społeczne w styczniu [Gesellschaftliche Stimmungen im Januar]. Warszawa 01/2016. <www.cbos.pl>

Tabelle 2: Einstellungen zu Politikern (%)

	Vertrauen		Misstrauen		Gleichgültigkeit	nicht bekannt
	1/2016	Veränderung gegenüber 12/2015	1/2016	Veränderung gegenüber 12/2015		
Andrzej Duda (Staatspräsident)	56	4	28	-2	14	1
Beata Szydło (Ministerpräsidentin, PiS)	49	3	31	-2	16	1
Paweł Kukiz (Vorsitzender von Kukiz '15)	45	0	28	1	20	3
Ryszard Petru (Vorsitzender von Nowoczesna)	37	-2	26	8	15	19
Zbigniew Ziobro (Justizminister, Vorsitzender von Solidarna Polska)	35	4	39	-5	19	5
Ewa Kopacz (Vorstandsmitglied der PO)	35	-3	41	2	22	1
Jarosław Kaczyński (Vorsitzender von PiS)	34	4	49	-4	14	1
Gregorz Schetyna (Vorsitzender von PO)	32	0	32	5	21	11
Jarosław Gowin (Minister für Wissenschaft und Hochschulwesen, stellv. Ministerpräsident)	27	-3	30	2	21	17
Antoni Macierewicz (Verteidigungsminister)	26	4	50	-5	15	7
Tomasz Siemoniak (Vorstandsmitglied der PO)	24	-3	16	5	16	40
Mariusz Błaszczak (Innenminister, stellv. Ministerpräsident)	23	3	22	-1	14	38
Mateusz Morawiecki (Entwicklungsminister, stellv. Ministerpräsident)	22	4	8	1	12	54
Witold Waszczykowski (Außenminister)	19	3	18	6	12	47
Piotr Gliński (Minister für Kultur und nationales Erbe, stellv. Ministerpräsident)	18	2	22	2	12	44

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 2: Einstellungen zu Politikern (%) (Fortsetzung)

	Vertrauen		Misstrauen		Gleichgültigkeit	nicht bekannt
	1/2016	Veränderung gegenüber 12/2015	1/2016	Veränderung gegenüber 12/2015		
Sławomir Neumann (Fraktionsvorsitzender von PO)	15	-4	17	4	18	47
Marek Kuchciński (Sejmarschall, PiS)	14	1	17	1	10	56
Anna Zalewska (Ministerin für nationale Bildung)	10	*	7	*	9	70
Paweł Szałamacha (Finanzminister)	9	*	6	*	10	72
Elżbieta Rafalska (Ministerin für Familie, Arbeit und Sozialpolitik)	6	*	5	*	8	79

*Wurde im Dezember 2015 nicht abgefragt.

PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit; Nowoczesna – Die Moderne; Solidarna Polska/Solidarisches Polen; PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform

Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr 10/2016: Zaufanie do polityków w styczniu [Vertrauen zu Politikern im Januar]. Warszawa 01/2016. <www.cbos.pl>

CHRONIK

2. – 15. Februar 2016

02.02.2016	Nach ihrem Treffen mit der norwegischen Ministerpräsidentin Erna Solberg in Oslo bekräftigt Ministerpräsidentin Beata Szydło, dass die polnische Regierung den Bau einer Gaspipeline von der Nordsee bis nach Polen unterstützt. Zur Delegation von Szydło gehört auch der Chef des polnischen Energiekonzerns PGNiG, Piotr Woźniak.
03.02.2016	Bei ihrem Besuch in Paris bei Staatspräsident François Hollande spricht sich Ministerpräsidentin Beata Szydło für eine Intensivierung der bilateralen Zusammenarbeit in der Rüstungsindustrie aus.
04.02.2016	Verteidigungsminister Antoni Macierewicz unterzeichnet in einer feierlichen Zeremonie die Wiederaufnahme der Untersuchung der Flugzeugkatastrophe von Smolensk (Russland), bei der im April 2010 98 Personen der polnischen politischen Elite und des öffentlichen Lebens, darunter der damalige Präsident Lech Kaczyński und seine Ehefrau, tödlich verunglückt sind.
05.02.2016	Ministerpräsidentin Beata Szydło empfängt in Warschau den britischen Premierminister David Cameron. Thematisiert werden die britischen Forderungen zur Reformierung der EU, die soziale und arbeitsrechtliche Situation der Polen in Großbritannien und der von Polen ausgerichtete NATO-Gipfel im Juli in Warschau.
08.02.2016	Nach ihrem Treffen mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán in Budapest betont Ministerpräsidentin Beata Szydło die Bedeutung der bilateralen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen. Sie bekräftigt die Haltung Polens in der europäischen Flüchtlingskrise, dass der Schengen-Raum gesichert, humanitäre Hilfe geleistet und das Migrationsproblem außerhalb der EU gelöst werden müsse. Beim nächsten Treffen der Visegrád-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn) in Prag wolle Polen einen gemeinsamen Standpunkt erarbeiten.
09.02.2016	Im Zusammenhang mit der Kritik der Europäischen Union an der Umgestaltung des Verfassungstribunals durch die Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) trifft sich die Delegation der »Venedig-Kommission« des Europarates am letzten Tag ihres zweitägigen Besuchs in Warschau mit Vertretern von Nichtregierungsorganisationen, Vertretern des Justizministeriums und des Verfassungstribunals, dem Bürgerrechtsbeauftragten und mit Ministern im Präsidialamt. Am Vortag fanden Treffen mit Präsident Andrzej Duda, Justizminister Zbigniew Ziobro und Vertretern der Fraktionen im Parlament statt. Die Kommission war von der Regierung eingeladen worden. Der Vorsitzende der Delegation, Gianni Buquicchio, stellt fest, dass es um ein politisches und um ein rechtliches Problem gehe. Er appelliert an alle politischen Akteure, einen Kompromiss im Einklang mit der Rechtsstaatlichkeit zu finden. Mitte März werde die Kommission Empfehlungen für den Pluralismus, die Effektivität und Schnelligkeit der Arbeit des Verfassungstribunals vorstellen. Die Empfehlungen der »Venedig-Kommission« (Europäische Kommission für Demokratie durch Recht) sind nicht bindend.
10.02.2016	Die Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedsstaaten beschließen in Brüssel, die militärische Präsenz in den Mitgliedsländern an der Ostflanke zu verstärken. Dies sei eine Reaktion auf die Politik Russlands. Die Truppen werden in Rotation von verschiedenen Mitgliedsländern gestellt, was verdeutliche, dass ein Angriff auf einen Bündnispartner allen Partnern gelte und die Allianz als Ganze reagieren werde, so NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg. Der Verteidigungsminister von Polen, Antoni Macierewicz, sagt, dass nur Eindeutigkeit und Entschiedenheit den Frieden in Europa retten könne, den Russland seit Jahren zerstören wolle.
11.02.2016	Der Wirtschaftswissenschaftler, frühere Solidarność-Aktivist und Politiker Professor Andrzej Bugaj tritt von seiner Beratertätigkeit im Nationalen Rat für Entwicklung zurück, der von Präsident Andrzej Duda Mitte Oktober 2015 berufen wurde. In einem Brief an Duda begründet er seinen Schritt mit den höchst beunruhigenden Veränderungen, die die Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) beim Verfassungstribunal, den öffentlichen Medien, der Staatsanwaltschaft und den Geheimdiensten eingeleitet hat. Zwar hätten die Praktiken der Vorgängerregierung aus Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) und Polnischer Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) häufig nicht guten demokratischen Standards entsprochen, was die Kritik der aktuellen Opposition ungläubig mache. Jedoch würden die jetzt durchgeführten Veränderungen zu einer Vereinnahmung der staatlichen Institutionen durch den Regierungsapparat führen.
12.02.2016	Ministerpräsidentin Beata Szydło macht in Berlin ihren Antrittsbesuch bei Bundeskanzlerin Angela Merkel. Beide sprechen sich für den Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union aus. In der Flüchtlingskrise lehnt Szydło einen festen Relokationsmechanismus in der EU für Flüchtlinge ab und bekräftigt die Beteiligung Polens an der Sicherung der EU-Außengrenzen. Beide kündigen an, ein gemeinsames humanitäres Projekt im Nahen Osten aufzulegen.

13.02.2016	Präsident Andrzej Duda nimmt mit seinen Amtskollegen aus der Ukraine, Petro Poroschenko, Litauen, Dalia Grybauskaitė, und Finnland, Sauli Niinistö, und dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, an einer Podiumsdiskussion auf der 52. Münchener Sicherheitskonferenz teil. Angesichts des russisch-ukrainischen Konflikts und der Aussage des russischen Ministerpräsidenten Dimitri Medwedew auf der Sicherheitskonferenz, der Westen trage die Verantwortung für einen neuen Kalten Krieg zwischen Russland und den westlichen Staaten, sei für Polen die Stärkung der NATO-Ostflanke von höchster Priorität, so Duda. Weiter äußert er sich kritisch über die Gaspipeline zwischen Deutschland und Russland, Nord Stream 2. Diese sei wirtschaftlich nicht notwendig, sondern entstehe allein aus politischen Gründen und werde gegen die Interessen Polens und anderer Länder gebaut.
15.02.2016	Der Leiter des Büros für Nationale Sicherheit (Biuro Bezpieczeństwa Narodowego – BBN), Paweł Solocho, sagt in einem Radiointerview, dass sich Polen bereit erklärt habe, vier Jagdflieger bei der Kontrolle des Luftraums über Syrien einzusetzen. Die Entsendung von Soldaten der polnischen Armee stünde zurzeit nicht zur Debatte.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der über 68.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Das **Institut für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych – ISP)** in Warschau ist einer der führenden Think Tanks in Polen und seit 1995 als unabhängiges Forschungszentrum zu grundlegenden Fragen des öffentlichen Lebens tätig. Das ISP kooperiert eng mit zahlreichen Experten und Forschern wissenschaftlicher Einrichtungen im In- und Ausland. www.isp.org.pl

Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Polen-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1863-9712 © 2016 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen